

Vier weitere Galileo-Satelliten erfolgreich ins All gestartet: Die EU hält, was sie versprochen hat

Notsignalortung auf See von vier Stunden auf zehn Minuten verkürzt

Vier weitere Galileo-Satelliten sind vom europäischen Weltraumbahnhof in Französisch-Guayana gestartet. Während die Mitgliedsländer ihre Investitionsziele meist mit großer Verspätung erfüllen, ist die EU der Zeitplanung voraus.

Mit dem Neuzugang erreicht die Konstellation mit 26 Satelliten im All nun ihre Gesamtstärke, die für 2020 geplant ist. In dem Jahr soll Galileo seine volle Betriebsfähigkeit erlangen. Galileo wird dann auf 20 Zentimeter genaue Daten senden und damit einen Präzisionsrekord unter den Satellitennavigationssystemen der Welt aufstellen.

Der Weltraum mag fern erscheinen, aber die damit zusammenhängenden Technologien, Daten und Dienste sind aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken: sei es für die Suche bei Rettungseinsätzen, in vernetzten Autos, bei intelligenten Uhren, in der Landwirtschaft oder bei der Navigation in der Luftfahrt. Die europäische Weltraumwirtschaft ist leistungs- und wettbewerbsfähig, sie schafft Arbeitsplätze und bietet Unternehmern Geschäftschancen. Tatsächlich hängen zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts der EU von Weltraumdiensten ab.

Galileo stellt derzeit drei auf Satellitennavigation basierende Dienste bereit. So zum Beispiel einen kostenfreien

Service für Ortung, Navigation und Zeitgebung. Dieser ermöglicht das eCall-System, das auf meine Initiative hin seit April in allen Neufahrzeugen in der EU verbindlich vorgeschrieben ist, um den Rettungsdiensten den Standort eines verunfallten Fahrzeugs zu melden.

Daneben gibt es den Such- und Rettungsdienst, der von einem entsprechend ausgerüsteten Sender abgegebene Notsignale ortet. Mit dem Start der ersten Galileo-Dienste im Dezember 2016 hat sich die Zeit bis zur Ortung einer auf See oder in den Bergen vermissten Person von bis zu vier Stunden auf rund zehn Minuten nach Aktivierung des Notfallsenders verringert. Die Ortungsgenauigkeit hat sich von zehn Kilometern ohne Hilfe von Galileo auf weniger als zwei Kilometer mit Galileo-Unterstützung verbessert. Zudem wird der Dienst ab dem kommenden Jahr sogar ein Antwortsignal zurücksenden, mit dem die in einer Notlage befindliche Person benachrichtigt wird, dass ihr Notsignal empfangen und geortet worden ist.

? **Wussten Sie schon?** Alle Galileo-Satelliten werden nach den Kindern getauft, deren Zeichnungen 2011 beim Galileo-Zeichenwettbewerb gewonnen haben. Die vier jetzt gestarteten Satelliten wurden nach Tara (Slowenien), Samuel (Slowakei), Anna (Finnland) und Ellen (Schweden) benannt.

Ich lehne die Eröffnung von EU-Beitrittsgesprächen mit Mazedonien und Albanien ab! Die EU-Staaten, darunter auch Deutschland, haben vor wenigen Tagen Mazedonien und Albanien eine klare Zusage zur Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen gegeben. Dies in einer, für den Fortbestand der Europäischen Union an sich so kritischen Zeit zu machen, ist vielleicht gut gemeint, aber aus meiner Sicht unverantwortlich oder gar fahrlässig! Schon im Juni nächsten Jahres sollen die konkreten Verhandlungen beginnen. Nur Frankreich und die Niederlande hatten gegen den Beschluss der Europaminister Widerstand geleistet. Danke Emmanuel Macron, danke Mark Rutte!

Aus dem Europäischen Parlament

Einigung von EU-Parlament und Ministerrat zum „Single Digital Gateway“

Modernes europäisches Verwaltungsportal wird Zeit und Geld sparen

Die Vertreter des Europäischen Parlaments und des Ministerrats haben sich auf den Gesetzestext zum zentralen digitalen Zugangstor („Single Digital Gateway“) geeinigt.

13 wichtige Verwaltungsverfahren wie die Beantragung einer Geburtsurkunde, die Anmeldung eines Kraftfahrzeugs, eine Unternehmensgründung, die Beantragung von Sozialleistungen oder die Inanspruchnahme von Rentenleistungen werden damit künftig online zugänglich gemacht. Für diesen Zweck wird das neue europäische Zugangstor mehrere Netze und Dienste verknüpfen, die auf nationaler und Unionsebene bereits eingerichtet wurden, um Bürger und Unternehmen bei ihren grenzüberschreitenden Tätigkeiten zu unterstützen. Dazu gehören unter anderem die Europäischen Verbraucherzentren, das Online-Portal „Ihr Europa“, SOLVIT, das Helpdesk für Rechte des geistigen Eigentums, EURES, „Europe Direct“ und das „Enterprise Europe Network“.

Die Online-Schnittstelle wird nutzerfreundlich und in

allen Amtssprachen der EU verfügbar sein. Nach dem Grundsatz der einmaligen Erfassung müssen Daten, die schon von nationalen Behörden aufgenommen wurden, nur einmal vorgelegt werden. Diese sollen anschließend auf Antrag des Nutzers zugänglich gemacht werden, so dass sie für die meisten wichtigen grenzüberschreitenden Verfahren wiederverwendet werden können.

Das zentrale digitale Zugangstor ist die Antwort auf den Bedarf der Nutzer in einer digitalen Welt. Unsere Experten haben ausgerechnet, dass es Unternehmen dabei helfen könnte, pro Jahr mehr als elf Milliarden Euro einzusparen, und für EU-Bürger könnte es bis zu 855.000 Stunden weniger Zeitaufwand bedeuten. Von der neuen EU-Verordnung werden nicht nur diejenigen profitieren, die in ein anderes EU-Land ziehen oder dort Geschäfte tätigen wollen, sondern auch jene, die im eigenen Land bleiben. Die Mitgliedstaaten haben übrigens durchgesetzt, dass sie fünf Jahre Zeit bekommen, um die neue Verordnung umzusetzen. Viele Verfahren sind jedoch jetzt schon online oder werden vor Ablauf der fünf Jahre verfügbar sein.

Bessere Rechtsetzung

EU-Kommission zieht 15 Gesetzesvorschläge zurück

Die EU-Kommission hat – wie in ihrem Arbeitsprogramm für 2018 angekündigt – 15 Legislativvorschläge zurückgezogen. Es handelt sich um Vorschläge, die entweder technisch überholt waren oder ihren Zweck nicht mehr erfüllten, oder bei denen keine Einigung zwischen EU-Parlament und Ministerrat in Sicht ist. Die EU-Kommission will damit sicherstellen, dass sich die Gesetzgeber auf die Dossiers konzentrieren können, die eine realistische Chance auf Fortschritte haben und im Einklang mit den Gemeinsamen Erklärungen zu den legislativen Prioritä-

ten stehen. Zu den ad acta gelegten Vorschlägen gehört unter anderem eine Richtlinie über Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit einem einzigen Gesellschafter, bei der keine Einigung in Sicht war. Auch die „Verordnung zur Vereinfachung der Verbringung von in einem anderen Mitgliedstaat zugelassenen Kraftfahrzeugen innerhalb des Binnenmarkts“ wurde abgesetzt, da es in dieser Frage seit 2012 keine Fortschritte zu verzeichnen gab. Die EU-Kommission wird das Thema aber erneut prüfen und eine aktuelle Folgenabschätzung anstoßen.

Erasmusdays 2018 im Oktober: Unter dem Motto „Proud to be European“ finden europaweit die „Erasmusdays“ am 12. und 13. Oktober statt. Bildungseinrichtungen können sich mit eigenen Veranstaltungen daran beteiligen: Ein Projekttag, eine Ausstellung, ein Foto-Wettbewerb, ein Konzert, eine Podiumsdiskussion oder ein Tag der offenen Tür – alles ist denkbar. Bis Ende September können geplante Events mit einer kurzen Beschreibung auf Deutsch oder Englisch online registriert werden. Mehr Infos gibt es hier: <https://www.generation-erasmus.fr/erasmusdays2018-en/>

Für Sie aufgestöbert: Thüringer Projekte, die mit EU-Fördermitteln unterstützt wurden

Neuer Kulturweg des Europarats führt auch durch Thüringen

Kennen Sie schon die Europäische Kulturroute der Reformation? Bei dem von der EU geförderten millionenschweren INTERREG-Projekt hat die Thüringer Landgesellschaft mbH das Zepter in der Hand!

Die Reformation ist wesentlicher Bestandteil der Geschichte und Kultur Mitteleuropas. Dennoch ist sie bislang kaum als regionale Ressource etabliert. Das Projekt „Europäische Kulturroute der Reformation“ hat dieses vielfältige Erbe in den Fokus genommen. Ziel ist es, das Vermächtnis der Reformation als Baustein der gemeinsamen Identität in Europa zu nutzen und damit die Regionalentwicklung zu fördern. Das Projekt wird vom EU-Programm „Interreg Central Europe“ gefördert (also mit Mitteln aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, EFRE), hat zwölf Partner in sieben Ländern (Deutschland, Polen, der Tschechischen Republik, Ungarn, Slowenien, Italien und Österreich), ein Gesamtbudget von 2,31 Millionen Euro und eine Laufzeit von 36 Monaten (Juli 2016 – Juni 2019).

Gemeinsames Ziel ist es, eine Kulturroute der Reformation mit touristischen Anlaufpunkten in verschiedenen Ländern zu etablieren, die über das Projekt hinaus Bestand hat. Für das langfristige Management entwickeln die Partner eine gemeinsame Verwaltungsstruktur und Dachmarke. Damit sollen die Route und ihre reformatorischen Denkmäler beworben werden. Diese reichen von den Hinterlassenschaften der (Vor-)Reformatoren wie Jan Hus, Martin Luther und Primoz Trubar bis hin zu den Spuren der Bibelschmuggler in der Gegenreformation. Vertreten sind Entwicklungs- und Marketingagenturen, öffentliche Verwaltungen, ein Forschungsinstitut, der Tourismussektor und ein kirchlicher Partner. Die Thüringer Landgesellschaft mbH mit Sitz in Erfurt hat die Federführung inne. Am Ende des Projekts steht der formale Antrag auf Anerkennung der Kulturroute durch den Europarat.



10. Weimarer Europafest: Mein diesjähriges Europafest findet am 21. September ab 17:30 Uhr im Seniorenzentrum Schillerhöhe in Weimar statt. Ehrengast ist diesmal der renommierte Zukunftsforscher und Publizist Erik Händler. Er wird zum Thema „Warum Europa eine Zukunft hat!“ referieren. Wie jedes Jahr werde ich auch wieder die Europamedaille der EVP-Fraktion verleihen. Die Auszeichnung wird an Einzelpersonen, Unternehmen oder Vereine vergeben, die sich über längere Zeit für ein besonderes europarelevantes Engagement verdient gemacht haben.

★ Auf zu neuen Märkten

Das Auslandsgeschäft ist der Wachstumstreiber in vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU). Mit ihrer kostenlosen Veranstaltungsreihe „Geschäfte im Ausland“ will die Industrie- und Handelskammer Erfurt KMU unterstützen und ihnen Mut für neue Märkte machen. Die nächste Veranstaltung findet am 6. September in Mühlhausen statt. Sie erhalten Impulse zu den wesentlichen Überlegungen, die Sie vor einem Auslandsengagement anstellen sollten, Informationen über unterstützende Einrichtungen, Angebote und aktuelle Fördermöglichkeiten für das Auslandsgeschäft. Mehr unter: https://www.erfurt.ihk.de/System/vst/424070?portalAction=wide_render&id=300476&terminId=471844

★ „BREXIT – Zeit zu handeln“

Im Rahmen der Aktivitäten für das Enterprise Europe Network veranstaltet die Industrie- und Handelskammer Erfurt am 13. September einen Vormittag zum Thema „BREXIT – Zeit zu handeln“. Das Angebot richtet sich an Unternehmen, die Geschäftskontakte zum Vereinigten Königreich unterhalten oder aufbauen möchten. Es werden unter anderem diese Fragen beantwortet: „Wie bereite ich mich auf den Brexit vor?“ und „Welche Maßnahmen sind im Vorfeld des Austritts des Vereinigten Königreichs zu ergreifen?“. Mehr Informationen und den Link zur Anmeldung finden Sie hier: https://www.erfurt.ihk.de/System/vst/424070?portalAction=wide_render&id=302585&terminId=478657

Service und Termine

★ Broschüre: Autounfall im EU-Ausland

Eine kleine Unachtsamkeit beim Autofahren kann leicht zu einem Unfall führen. Doppelt ärgerlich ist es, wenn der Unfall im EU-Ausland passiert und man weder die Sprache spricht, noch die genaue Rechtslage kennt. Das Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz informiert Sie in einer kostenlosen Broschüre über notwendige Schritte und gibt hilfreiche Tipps: <https://bit.ly/2LV2uzL>

★ Konsultation zur Sommerzeitregelung

Noch bis 16. August haben Sie die Möglichkeit, sich an der öffentlichen Konsultation zur EU-Sommerzeitregelung zu beteiligen. Es geht um die Frage, ob die europäischen Bürgerinnen und Bürger die zweimalige Zeitumstellung im Jahr beibehalten wollen oder nicht. Und falls nicht, ob sie dann eher die Sommer- oder die Winterzeit bevorzugen. Ein Hauptargument für die Einführung der Sommerzeitregelung war es, durch längere Ausnutzung der Helligkeit am Abend Energie zu sparen, was sich jedoch als hinfällig erwiesen hat. Über folgenden Link können Sie sich an der Konsultation beteiligen: <https://bit.ly/2MSCn9h>

★ Antragsrunde „AusbildungWeltweit“

Das Programm „AusbildungWeltweit“ fördert internationale Auslandsaufenthalte in der Berufsausbildung. Im Mittelpunkt stehen Auslandspraktika von Auszubildenden, aber auch Lern- und Lehraufenthalte von Ausbildern und Ausbilderinnen werden gefördert. Noch bis zum 5. September können Unternehmen, Kammern und andere nicht-schulische Einrichtungen der Berufsbildung Anträge auf Förderung stellen. Infos unter: <https://www.go-ibs.de/angebote/fuer-unternehmen/ausbildungsweltweit/>

★ Jugendmedienworkshop im Deutschen Bundestag

Vom 25. November bis 1. Dezember findet der Jugendmedienworkshop zum Thema „Zwischen Krieg und Frieden“ im Deutschen Bundestag statt. Dabei setzen sich

die Teilnehmenden damit auseinander, wie sich Frieden gestalten lässt, wie Krieg eine Gesellschaft verändert und welche Rolle die Medien zwischen Krieg und Frieden einnehmen. Während der siebentägigen, kostenlosen Veranstaltung treffen die Teilnehmer auf Abgeordnete des Deutschen Bundestages, erfahrene Hauptstadtjournalisten und Experten. Diese Treffen bilden die Recherche-Grundlage für die Ausgestaltung eines Themenmagazins der „politikorange“, dem Lehrmedium der Jugendpresse Deutschland e.V.. Hier veröffentlichen die Teilnehmenden ihre während des Workshops gewonnenen Eindrücke in Form von Artikeln, Interviews und Kommentaren. Zielgruppe sind Jugendliche zwischen 16 und 20 Jahren. Sie können sich bis 14. September mit einem journalistischen Beitrag zum Thema „Zwischen Krieg und Frieden“ bewerben. Mehr Infos unter: <https://jugendpresse.de/bundestag/>

★ DUO-Thailand Aufruf 2019 gestartet

Das DUO-Thailand Programm fördert den Tandem-Austausch je eines europäischen und thailändischen Studierenden und zielt auf die Steigerung der ausgeglichenen Mobilität zwischen den ASEM-Mitgliedstaaten ab. Studierende können sich bei Interesse an ihre deutsche Hochschule wenden, die sich in Kooperation mit einer thailändischen Hochschule auf das Programm bewirbt. Die Bewerbung ist online bis zum 28. September möglich, der Austausch soll bis September 2019 durchgeführt werden. Mehr Infos unter: <https://bit.ly/2K03gKF>

★ Bundes-Förderung zum Thema „Zivile Sicherheit“

Im Rahmen des Bundesprogramms „Forschung für die zivile Sicherheit“ werden Forschungsverbände zur Früherkennung, Prävention und Bekämpfung von islamistischem Extremismus und Terrorismus sowie anwendungsnahe Forschungsprojekte zur Bekämpfung von islamistischem Extremismus und Terrorismus gefördert. Mehr Infos unter: <https://bit.ly/2Ma2EAg>

Für Sie in Europa

Impressum

Dr. Dieter-L. Koch, MdEP
Europabüro
Frauenplan 8
99423 Weimar

Tel. 03643 50 10 07
Fax 03643 50 10 71
www.europaabgeordneter.eu
info@europaabgeordneter.eu
www.facebook.com/europaabgeordneter



CDU

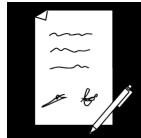


Das Frei-Handels-Abkommen von der EU und Japan

Was ist ein Frei-Handels-Abkommen?

Ein Handels-Abkommen ist ein Vertrag, den 2 Länder miteinander machen.

In dem Vertrag steht, wie die Länder sich gegenseitig Produkte verkaufen dürfen.



Bei einem Frei-Handels-Abkommen dürfen die Produkte frei gehandelt werden.

Das heißt, es gibt keine Zölle zwischen den beiden Ländern.

Zölle sind Gebühren, die eine Firma an ein Land zahlen muss, wenn sie Produkte in dieses Land bringen und dort verkaufen will.

Frei-Handels-Abkommen schaffen Arbeits-Plätze

Ich finde, Frei-Handels-Abkommen sind eine tolle Sache.

Denn wenn die Firmen keine Zölle mehr bezahlen müssen, können sie ihre Produkte in einem anderen Land billiger anbieten.

Wenn die Produkte billiger sind, kaufen mehr Menschen diese Produkte.



Wenn mehr Menschen die Produkte kaufen, kann die Firma mehr Produkte herstellen und deshalb mehr Arbeits-Plätze schaffen.

Mehr Arbeits-Plätze bedeutet weniger Armut.

Das Frei-Handels-Abkommen mit Japan

Japan ist ein Land in Asien.

Die EU hat mit Japan ein Frei-Handels-Abkommen abgeschlossen.

Wir nennen es kurz: JEFTA.

Wir EU-Abgeordneten müssen dem Vertrag noch



zustimmen, damit er wirksam werden kann.

Ich werde dem Vertrag natürlich gerne zustimmen.

Mit JEFTA werden 99 Prozent von den Zöllen zwischen der EU und Japan abgeschafft.

Das sind also fast alle.

Diese Zölle betragen ungefähr 1 Milliarde Euro.

Die Vorteile für beide Seiten

Wir Europäer hoffen, dass wir durch JEFTA bald mehr Käse oder Wein nach Japan liefern können.

Im Moment müssen wir dafür nämlich noch bis zu 30 Prozent Zölle zahlen.

Wenn wir zum Beispiel einen Käse für 1 Euro nach Japan verkaufen, müssen



wir also im Moment noch bis zu 30 Cent an den japanischen Staat zahlen.

Das gibt es dann nicht mehr.

Auch Japan freut sich auf das Abkommen.

Das Land kann seine Autos dann ohne Zölle in die EU liefern.



Andere Frei-Handels-Abkommen von der EU

Die EU hat schon andere Frei-Handels-Abkommen abgeschlossen.

Zum Beispiel mit den Ländern Kanada, Mexiko, Algerien, Türkei und der Schweiz.

Andere werden gerade verhandelt.

So zum Beispiel mit Australien, Brasilien oder Indien. Schade finde ich, dass TTIP nicht geklappt hat.

TTIP ist das Frei-Handels-Abkommen mit den USA.

Seit Donald Trump der amerikanische Präsident ist, reden die USA mit uns nicht mehr über TTIP.

